

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 30.01.2025

Antrag:

Verpackungssteuer: Sinken die Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren?

Die Stadtverwaltung wird gebeten, in der Stadtratsvorlage des in Bearbeitung befindlichen Konzeptes für eine kommunale Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer auch darzustellen, inwieweit infolge einer solchen Verpackungsabgabe die Münchner Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren gesenkt werden können und müssen.

Falls vorhanden, sind in der Stadtratsvorlage auch wissenschaftliche Studien über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Verteuerung von Einwegverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen auf das Verbraucherverhalten darzustellen.

Begründung:

Der Münchner Stadtrat hat im Jahr 2021 die Stadtverwaltung auf gemeinsamen Antrag von GRÜNE/Rosa-Liste und SPD/VOLT¹ hin beauftragt, ein Konzept für eine kommunale Verpackungsabgabe zu erarbeiten. Der Beschluss wurde mit den Stimmen von CSU, FREIE WÄHLER, GRÜNE/Rosa Liste, LINKE/PARTEI, ÖDP/München-Liste und SPD/VOLT gefasst.²

Das beauftragte Konzept für eine kommunale Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer wurde dem Münchner Stadtrat bisher nicht vorgelegt und befindet sich folglich noch in Ausarbeitung. Daher bitten wir auch die gebührenreduzierenden Auswirkungen darzustellen.

Der Münchner Straßenreinigungsbetrieb ist, wie der Abfallwirtschaftsbetrieb München, eine „kostendeckende Einrichtung“³, das heißt grundsätzlich müssen von den Bürgern alle Ausgaben über kostendeckende Gebühren bezahlt werden, wobei kein Gewinn erzielt werden darf.

Die Reinigung der Straßen, die Leerung der dort befindlichen Abfallbehälter und der dort erforderliche Winterdienst wird zu 85%⁴ über die Straßenreinigungsgebühren finanziert.⁵ Derzeit werden von den Straßenanliegern bis zu 223,57 Euro/Jahr pro angrenzendem Frontmeter ihres Grundstückes erhoben.⁶ Auf Mieter wird die Abgabe als Teil der Betriebskosten voll umgelegt.

Aufgrund der steigenden Vermüllung im öffentlichen Raum mussten die Straßenreinigungsgebühren in den letzten Jahren wegen dichter Reinigungsintervalle und erhöhten Abfallaufkommens stets erhöht werden. Wenn aufgrund einer Verpackungsabgabe bzw. Verpackungssteuer der Abfallanfall im öffentlichen Straßenraum sinkt und deswegen Reinigungsintervalle und Entsorgungskosten reduziert werden können, sind die

¹ StR-Antrag 20-26 / A 01401, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/6592760?dokument=v6598099>

² Stadtratsbeschluss, Ziffer 8.: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/6592760?dokument=v6598099>

³ <https://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-kostenrechnende-einrichtungen.html>

⁴ § 1 Straßenreinigungsgebührensatzung: <https://stadt.muenchen.de/rathaus/stadtrecht/vorschrift/241.html>

⁵ <https://ru.muenchen.de/2023/194/Strassenreinigungsgebuehren-werden-angepasst-109521>

⁶ Straßenreinigungsgebührensatzung, unter: <https://stadt.muenchen.de/rathaus/stadtrecht/vorschrift/241.html>

Straßenreinigungsgebühren zwingend entsprechend zu senken und damit Mieter und Gebäudeselbstnutzer zu entlasten.

Gleiches gilt für die Abfallgebühren, wenn die Abfallentsorgungskosten, insbesondere für die teure Müllverbrennung, durch Umstieg auf Mehrwegsysteme aufgrund geringeren Abfallaufkommens sinken. Dies haben wohl auch die GRÜNEN im Sinn, wenn sie wollen, „dass die Münchner*innen direkt von der Abgabe profitieren. Zum Beispiel durch geringere Müllgebühren.“⁷

Die CSU-FW-Fraktion im Münchner Stadtrat hat gerade erst vor zwei Wochen in einem Antragspaket mit ihrem Antrag „Müll in der Stadt – neue Wege gehen!“ gefordert: „Die Landeshauptstadt München (LHM) wird beauftragt, sich bezüglich der Müllproblematik in der Stadt umfassend mit neuen kreativen und innovativen Ansätzen zu beschäftigen, um zusätzliche Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln beziehungsweise schon vorhandene Strategien fortzuentwickeln und zu verbessern.“ Dazu soll laut Antrag auch „Die Auswertung aktueller Forschung zu den Themen Nudging und Incentivierung, um langanhaltende Verhaltensänderungen bei den Münchnerinnen und Münchnern zu bewirken“ erfolgen.⁸

Dem schließen wir uns mit dem zweiten Teil unseres obigen Antrages an, nämlich: „Falls vorhanden, sind in der Stadtratsvorlage auch wissenschaftliche Studien über die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen einer Verteuerung von Einwegverpackungen gegenüber Mehrwegverpackungen auf das Verbraucherverhalten darzustellen.“

Auf nahezu jeder Bürgerversammlung werden Anträge von Bürgerinnen und Bürgern gegen die zunehmende Vermüllung der Stadt gestellt und mit breiter Mehrheit der Anwesenden angenommen. Bernd Kastner stellt in seiner SZ-Kolumne richtig fest: „Und ja, SPD und die von ihr mitregierte Stadt mögen „aktiv“ gegen die Müllberge ankämpfen – erfolgreich ist ihre Aktivität aber offenbar nicht, sonst würden die Müllberge ja nicht, wie Münchens SPD-Chef selbst sagt, wachsen.“⁹ Es braucht also eine Zeitenwende in der Münchner Abfallpolitik. Diese ist mittels kommunaler Verpackungsabgabe alias Verpackungssteuer durchaus sozialverträglich machbar.

Diejenigen, die weniger Geld haben, werden künftig finanziell entlastet: Wer seinen Döner im Mehrweggeschirr kauft, zahlt dafür künftig keinen Cent mehr, spart aber jeden Monat bei Straßenreinigungsgebühren und Abfallgebühren. Mehr zahlt künftig nur, wer Geld übrighat, um wertvolle Ressourcen, wie Aluminiumfolie, für deren Herstellung die Lebensgrundlagen von armen Menschen in armen Ländern zerstört werden,¹⁰ zu verschwenden.

Tobias Ruff
Fraktionsvorsitzender, Stadtrat

Nicola Holtmann
Umweltpolitische Sprecherin, Stadträtin

Sonja Haider
stellv. Fraktionsvorsitzende, Stadträtin

Dirk Höpner, Stadtrat

⁷ <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/weg-mit-dem-to-go-verpackungsmuell/>

⁸ StR-Antrag 20-26 / A 05379, unter: <https://risi.muenchen.de/risi/antrag/detail/8875161?dokument=v8875176>

⁹ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-spd-verpackungssteuer-kommentar-li.3188751?reduced=true>

¹⁰ <https://www.regenwald.org/themen/aluminium>